



**année  
politique  
suisse**

DOKUMENTATION · ANALYSE · DIFFUSION



**European Research Council**

Established by the European Commission

The Regulating Civil Society Project:  
**Umfrage zur Organisation Politischer Parteien in der Schweiz**  
Bericht

University of Exeter, März 2017

*Dieses Forschungsprojekt wurde vom European Research Council als Teil des European Union's Seventh Framework Programme (FP7/2007-2013) finanziell gefördert / ERC Drittmittelprojekt 335890 STATORG.*

## 1. Grundeigenschaften der Umfrage

Umfrage:	Die Organisation Politischer Parteien in der Schweiz
Abschlussdatum:	November 2016
Verantwortliche:	The Regulating Civil Society Project
Partner:	Année Politique Suisse (APS), Bern
Population:	197 (nationale politische Parteien und regionale Schwesterparteien)
Antworten:	142 (72% Rücklaufquote)

## 2. Beschreibung der Daten

Dieser Bericht präsentiert eine erste Auswertung der Umfragedaten. Der Struktur des Fragebogens folgend, präsentieren wir im ersten Teil die wichtigsten Charakteristika der hier untersuchten Parteiorganisationen und im zweiten Teil die Eigenschaften ihrer Mitglieder. In einem dritten Teil legen wir Informationen bezüglich Ressourcen und Personalpolitik dar. Zum Schluss beschreiben wir die Hauptaktivitäten der Organisationen und schildern die Herausforderungen, die von den hier untersuchten Parteiorganisationen benannt wurden. Im Anhang finden sich die Häufigkeitsverteilungen.

### 2.a. Eigenschaften der Parteiorganisationen

Unseren Ergebnissen zufolge verfolgen Parteien hauptsächlich Ziele, von denen ihre Wähler profitieren: 78% der antwortenden Parteien geben dieses Ziel an. 17% der Parteien verfolgen Ziele, von denen hauptsächlich Nichtmitglieder (über die Mitglieder und Wählerinnen und Wähler hinaus) profitieren. Nur 5% der Parteien verfolgen Ziele, von denen hauptsächlich Mitglieder profitieren.

Eine Parteiorganisation ist im Durchschnitt 69.2 Jahre alt. Allerdings finden wir grosse Unterschiede zwischen den Parteien: Die jüngste Partei ist gerade mal ein Jahr, die älteste Partei ist 186 Jahre alt. Die meisten Parteien wurden von einer Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern gegründet. Mehrheitlich sind die an der Umfrage teilnehmenden Parteien in regionalen und lokalen Untergruppen organisiert.

<b>Zusammenfassung: Typische Charakteristika einer Partei</b>	
-	<b>Orientierung: Ziele, von denen hauptsächlich Wähler profitieren</b>
-	<b>Altersdurchschnitt: 69.2 Jahre</b>
-	<b>Art der Gründung : Neugründung</b>
-	<b>Gründer: eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern</b>
-	<b>Struktur: Nationale Organisation mit regionalen und lokalen Untergruppen</b>

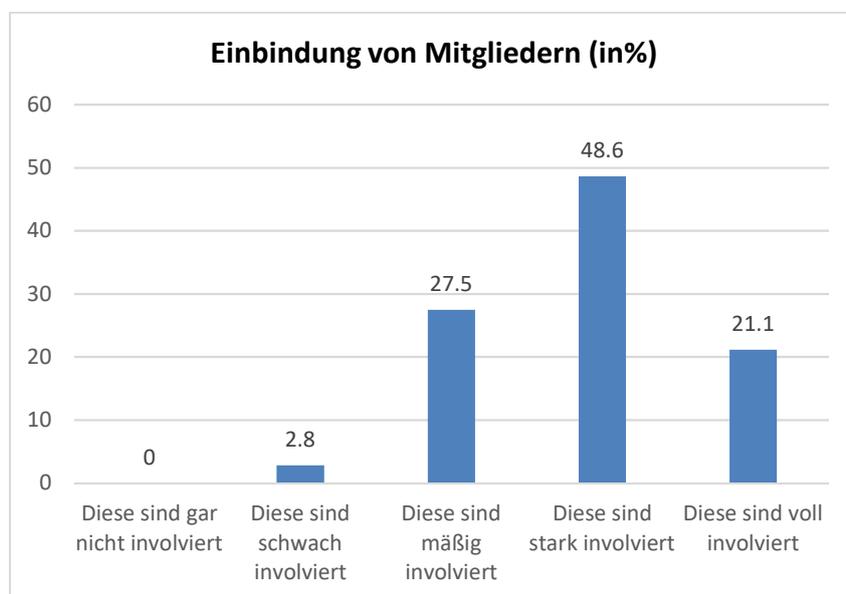
Studien zu politischen Parteien haben festgestellt, dass der Ursprung einer Partei Einfluss auf deren zukünftige Entwicklung hat (Panebianco 1988). Aus diesem Grund wurde in unserer Umfrage die Art der Parteigründung und der Parteigründer abgefragt. 53% der Parteien geben an, dass sie neu gegründet worden sind. 28% der antwortenden Parteiorganisationen entstanden hingegen aus einem Zusammenschluss bereits bestehender Organisationen. 11% sind Folge einer Abspaltung einer oder mehrerer bereits bestehenden Organisation(en). 65% der Parteien gaben zu Protokoll, dass sie von einer Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern gegründet worden seien. 31% gaben an, dass eine oder mehrere bereits bestehenden Organisation(en) sich in die jetzige Partei umgewandelt hätten. 2% wurden von einer einzelnen Person gegründet. Bezüglich ihrer Organisationsstruktur gaben 42% der Parteien an, dass sie aus einer nationalen Organisation mit regionalen und lokalen Untergruppen bestehen. 22% der Parteien bezeichnen sich als regionale Organisation mit lokalen Untergruppen, und weitere 21% der Parteien charakterisieren sich als regionale Organisation innerhalb eines nationalen Dachverbandes.

## 2.b. Eigenschaften der Parteimitglieder

Parteimitglieder sind wichtig für Parteien, da sie nicht nur während Wahl- und Abstimmungskampagnen, sondern auch im alltäglichen Parteitagesgeschäft in diversen Funktionen aktiv sind und mitarbeiten (Scarrow 1996, Van Haute and Gauja 2015).

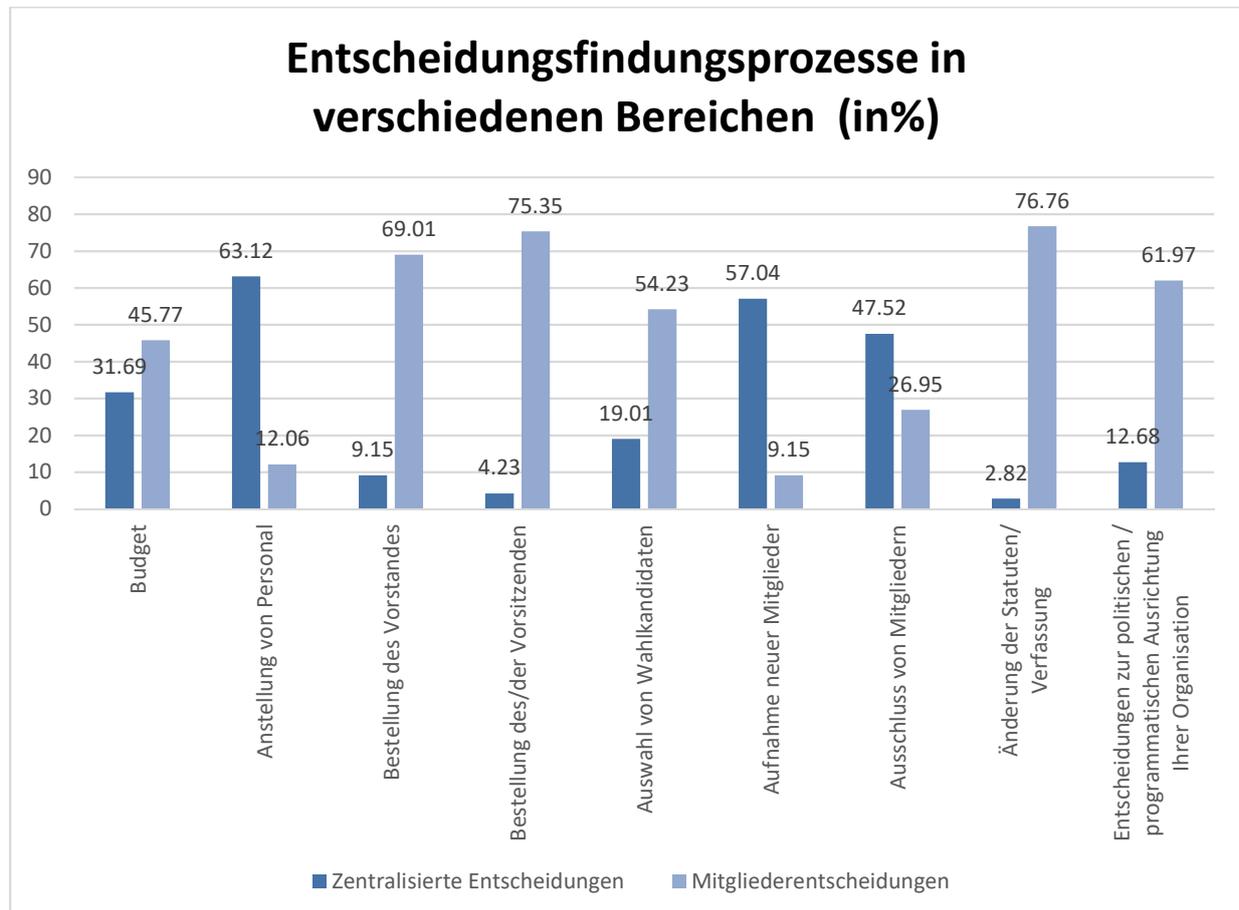
Die große Mehrheit der an unserer Umfrage teilnehmenden Parteien (89%) bestehen aus Einzelmitgliedern, der Rest aus einer Mischung aus Einzelpersonen und Organisationen bzw. Vereinigungen. Erhebliche Unterschiede zeigen sich in den Mitgliederzahlen der Parteien. Im Durchschnitt weisen die teilnehmenden Parteien 5020 Mitglieder aus. Die kleinste Partei in unserem Sample hat vier Mitglieder, die grösste Partei verfügt über 120,000 Mitgliedern. 39 % der Parteien berichten, dass ihre Mitgliederzahlen in den letzten fünf Jahren angestiegen sei, 19% geben an, dass ihre Mitgliederzahlen in den letzten fünf Jahren abgenommen hätten. 42% der Parteien geben eine stabile Mitgliederzahl zu Protokoll.

Wie stark sind Parteimitglieder eingebunden? Bei dieser Frage gibt die Mehrheit der Parteien (insgesamt 70 %) an, dass die Mitglieder stark oder voll involviert seien. Rund ein Viertel der Parteien, die unsere Umfrage beantwortet haben, (27%) gibt an, dass die Mitglieder lediglich mässig involviert sind und bei 3% der Parteien sind die Mitglieder nur schwach involviert. In 27% der Parteien ist die Einbindung der Mitglieder in den letzten 5 Jahren intensiviert worden – sie wurde also stärker oder sehr viel stärker. 56% der Parteien geben an, dass die Einbindung der Mitglieder in den letzten 5 Jahren gleich geblieben sei.



Der Grad der Einbindung von Mitgliedern in innerparteiliche Entscheidungsfindungsprozesse variiert sehr stark, je nach Entscheidungsbereich. Zum Beispiel binden die meisten teilnehmenden Parteien ihre Mitglieder in Entscheidungen über die Bestellung des Vorstandes, die Wahl des/der Vorsitzenden,

die Auswahl von Wahlkandidaten, die Änderung der Statuten/Verfassung und Entscheidungen zur politischen Ausrichtung ein. Ausserdem lassen 46% der Parteien ihre Mitglieder bei Budgetfragen mitentscheiden. In diesen Bereichen gibt die Mehrheit der Parteien (zwischen 77%-46%) an, ihre Mitglieder durch Abstimmungen oder Wahlen Entscheidungen direkt treffen zu lassen. Im Vergleich dazu werden die Anstellung von Personal und sowie Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern zentralisiert entschieden (also durch Repräsentanten, Vorstand oder Personal).



Die Art der Entscheidungsfindungsprozesse zeigte sich (über alle Bereiche hinweg) in den letzten fünf Jahren als sehr stabil. Nur 12% der Parteien gaben an, diese Prozesse verändert zu haben. In der Regel wurden Mitglieder durch solche Reformen stärker in die innerparteiliche Entscheidungsfindung eingebunden, was Trends in anderen westlichen Demokratien widerspiegelt (Gauja 2017).

## 2.c. Ressourcen und Personalpolitik

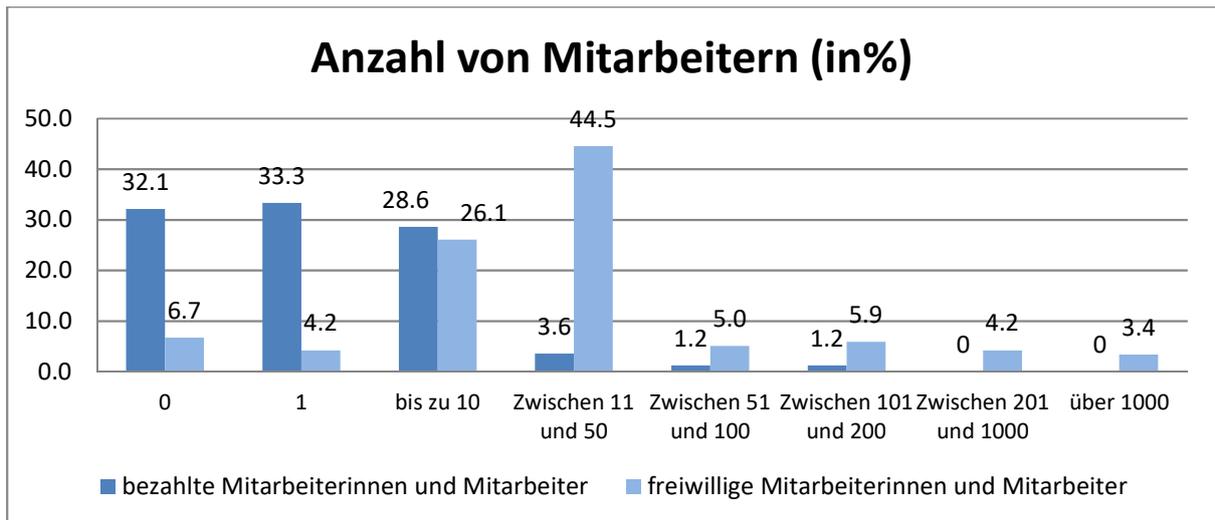
Der Zugriff auf Ressourcen ist wichtig für Parteien, um zentrale Aktivitäten aufrechtzuerhalten. Finanzielle Mittel sind notwendig – nicht nur um an Wahlen teilzunehmen, sondern auch für die tägliche Verwaltung und Aufrechterhaltung der Parteiorganisation. Generell gesprochen erlauben solche Ressourcen der Partei die Anstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Einkauf

externer Expertise (via Beraterinnen und Berater), was wiederum die Professionalisierung innerparteilicher Prozesse ermöglicht.

Wie finanzieren sich Parteien in der Schweiz? Im Vergleich zu andern europäischen Ländern erhalten Parteien in der Schweiz kaum staatliche Subventionen: Es gibt keine direkte Parteienfinanzierung (Nassmacher 2009; Biezen and Kopecký 2015). Staatliche Mittel stellen für die meisten teilnehmenden Parteien – im Unterschied zu Parteien in anderen Ländern – keine zentrale Einnahmequelle dar. Mitgliederbeiträge von Organisationen oder Einzelpersonen (65%), Spenden und Mandatsträgerabgaben (Zahlungen durch Abgeordnete) (52%) werden von den meisten befragten Parteien als sehr wichtige Einnahmequelle angeführt. Eine weitere zentrale Finanzierung für ca. 30% der Parteien sind Spenden oder Geschenke von Einzelpersonen. Die meisten Parteien heben entsprechend die Bedeutung von Privatmitteln gegenüber staatlicher Mittel hervor. Nur für 14% der Parteien sind Steuererleichterungen für Spender als Anreiz für Privatvergaben eine sehr wichtige Form der staatlichen Unterstützung. Die grosse Mehrheit der Parteien gibt an, dass staatliche Mittel keine wichtige Einnahmequellen seien – unbesehen ob diese von nationaler Ebene (75% der Parteien geben an, dass dies unwichtig sei) oder von anderen Ebenen (lokal, regional, EU, international; 60% der Parteien) kommen. Es ist also auch wenig verwunderlich, dass nur eine Minderheit der Parteien die administrativen Kosten, die aus der Bewerbung um und aus dem Erhalt von staatlicher Unterstützung resultieren, als sehr belastend empfinden (2%). Die Mehrheit der Parteien (61%) stufen diese administrativen Kosten als nicht belastend ein.

Für die Grosszahl der Parteien (82%) hat sich die relative Wichtigkeit der Einnahmequellen in den letzten fünf Jahren nicht verändert.

80% aller Parteien geben an, bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben. Im Durchschnitt können Parteien auf vier bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen, mit einem Maximum von 170. Etwa vier bezahlte MitarbeiterInnen arbeiten im Schnitt für strategische bzw. politische Aufgaben, während durchschnittlich drei für administrative Aufgaben zuständig sind. Insgesamt gab über die Hälfte der Parteien an (61%), dass über die letzten fünf Jahre die Anzahl ihrer bezahlten MitarbeiterInnen stabil geblieben sei. Im Gegensatz dazu geben 17% der Parteien an, dass die Anzahl von bezahlten MitarbeiterInnen gesunken ist, während von 21% der Parteien in dieser Zeitspanne neue bezahlte MitarbeiterInnen eingestellt wurden.



Die meisten Parteien profitieren zudem von der Unterstützung freiwilliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (84%). Im Durchschnitt verfügen Parteien über 94 Personen, die freiwillig Parteiarbeit leisten. Die Zahl variiert zwischen 0 und 3300. In der Hälfte der Parteien ist die Anzahl Freiwilliger in den letzten fünf Jahren stabil geblieben, während 29% einen Anstieg vermelden können.

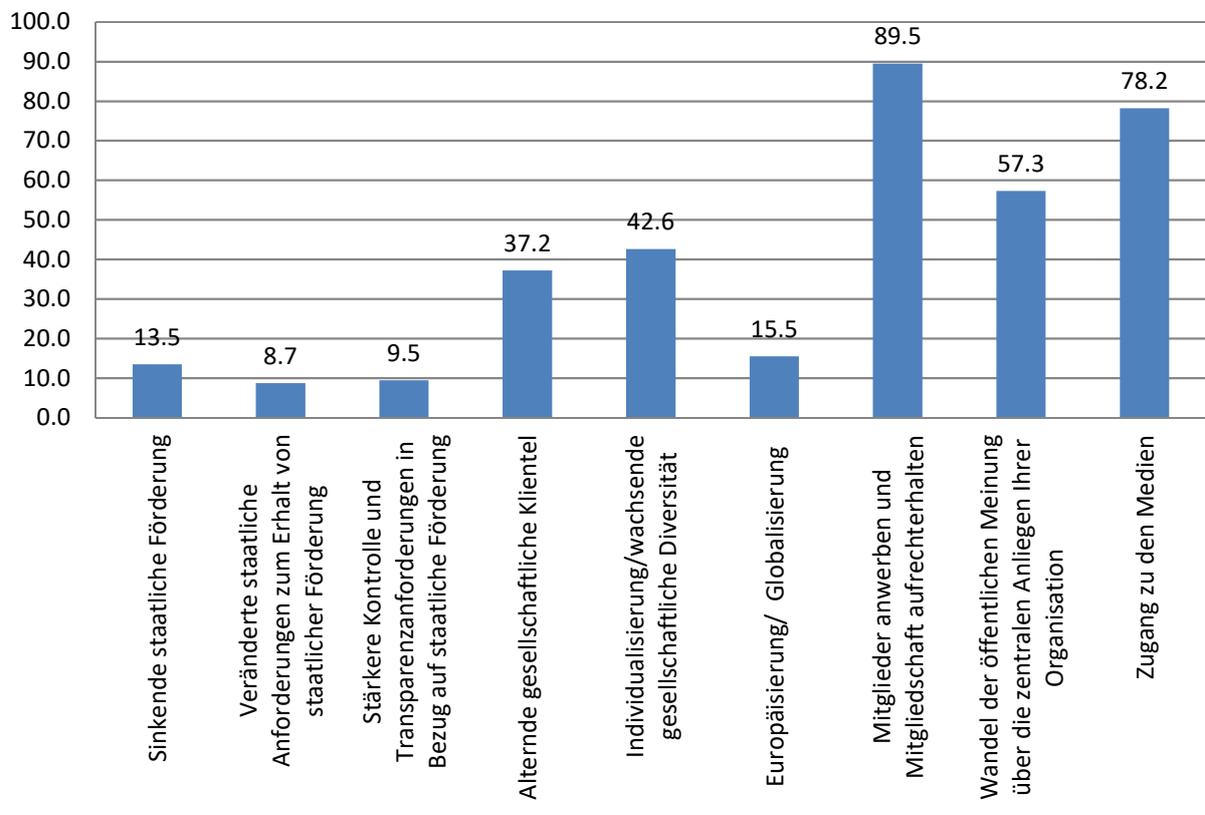
## 2.d. Hauptaktivitäten und Herausforderungen

Politische Parteien sind zentrale demokratische Akteure, sowohl innerhalb als auch ausserhalb öffentlicher Institutionen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu beleuchten, welchen Aktivitäten sich Parteien primär widmen.

Die Mehrheit der Parteien widmen sich „oft“ oder „immer“ den folgenden Aktivitäten, um politisch Einfluss zu nehmen: Sie kontaktieren Reporter, schreiben Leserbriefe und geben Pressemitteilungen heraus (87%) oder nehmen an öffentlichen Diskussionen teil (63%). Des Weiteren nutzen Parteien natürlich Wahl- und/oder Abstimmungskampagnen für politische Einflussnahme (80%) und kooperieren mit einer oder mehreren anderen politischen Parteien (60%). Im Vergleich dazu nutzen Parteien bezahlte Werbung in den Medien, die Veranstaltung von Debatten und Pressekonferenzen, die Kooperation mit Interessenvertretern oder Lobbygruppen nur „gelegentlich“. „Nie“ oder „nur selten“ beteiligen sie sich an zivilem Ungehorsam oder üben illegale Aktivitäten aus, machen Spenden an (andere) politische Parteien oder veröffentlichen Analysen und Forschungsberichte zur politischen Einflussnahme. In der großen Mehrheit der Parteien (85%) haben sich die Aktivitäten, die für politische Einflussnahme genutzt werden, in den letzten fünf Jahren, kaum verändert.

Welche Herausforderungen nehmen die teilnehmenden Parteien wahr und wie stellen sie sich diesen? Die meisten Parteien (82%) berichten, mit anderen Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen, in direktem Wettbewerb um Mitglieder, Gelder und andere Ressourcen zu stehen. Zudem beurteilen die Parteien die folgenden Herausforderungen als ziemlich oder sehr wichtig für die Aufrechterhaltung ihrer Organisation: Das Anwerben von Mitgliedern und das Aufrechterhalten von Mitgliedschaften (ca. 89%), der Zugang zu den Medien (78%) und der Wandel der öffentlichen Meinung bezüglich zentraler Parteienanliegen (ca. 57%).

## Herausforderungen für die Aufrechterhaltung von Parteien (in%)

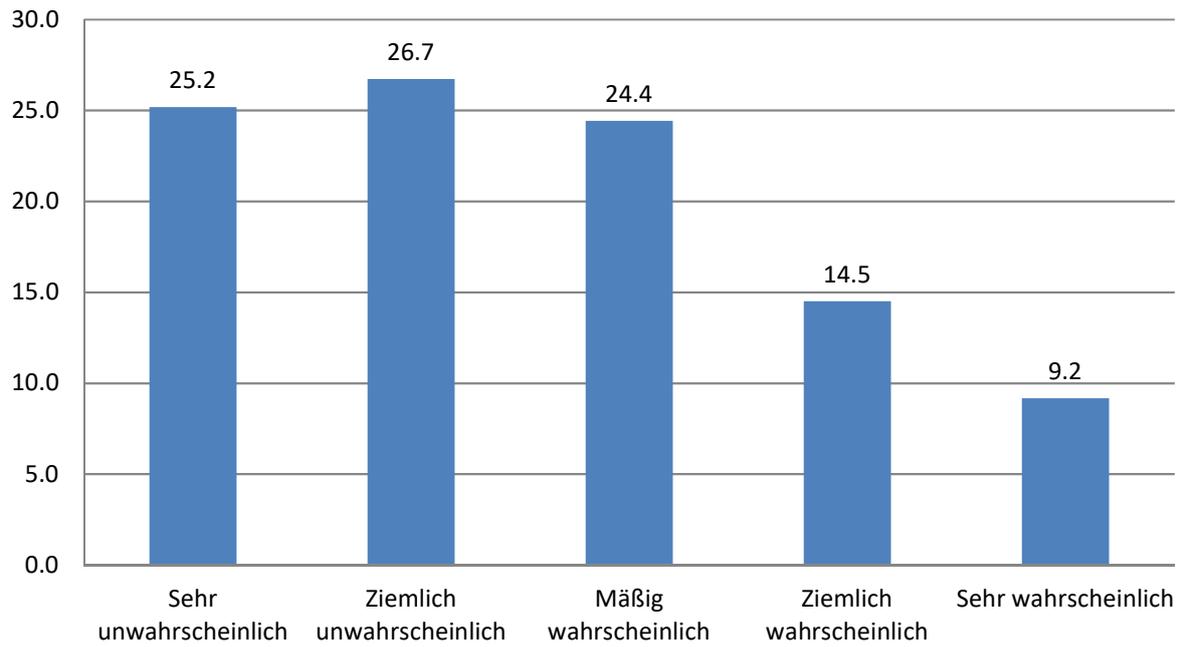


Um diesen Herausforderungen Herr zu werden, verfolgen Parteien verschiedene Strategien: auf der einen Seite wird versucht, Mitglieder stärker einzubinden und diesen mehr Partizipationsmöglichkeiten zu bieten. Mittels Reformen soll zudem die Effizienz von Entscheidungsprozessen gesteigert werden. Auf der anderen Seite versuchen die Parteien, ihre thematische Ausrichtung zu erweitern, um eine grössere gesellschaftliche Klientel anzusprechen. Durch Strategieänderungen soll zudem die politische Einflussnahme verstärkt werden.

Bei den internen Strategien geben etwa 44% der Parteien an, neue lokale und/oder regionale Strukturen zu ihrer Organisation hinzugefügt zu haben. Fast 56% der antwortenden Parteien berichten, dass sie die Möglichkeiten für ihre Mitglieder, an organisatorischen Aktivitäten teilzunehmen, erweitert hätten. Des Weiteren haben 52% der Parteien ihre Entscheidungsprozesse effizienter gestaltet. Als externe Strategie haben 54% der Parteiorganisationen ihre thematische Ausrichtung erweitert und ca. 42% eine erweiterte gesellschaftliche Klientel anvisiert. 43% haben ihre Strategie geändert, um grösseren politischen Einfluss ausüben zu können.

Bezüglich der Frage, ob über die nächsten fünf Jahre die Überlebenschancen ihrer Organisation gefährdet sein könnten, sind die Parteien gespalten: 39% antworteten entweder mit „mäßig wahrscheinlich“ oder „ziemlich wahrscheinlich“, während eine knappe Mehrheit (52%) eine Gefährdung für „sehr“ oder „ziemlich unwahrscheinlich“ halten.

## Infragestellung der Existenz der Partei (in%)



## 2.e. Literatur

Gauja, A. 2017. *Party Reform: The Causes, Challenges, and Consequences of Organizational Change*, Oxford: Oxford University Press.

Nassmacher, K.-H. 2009. *The Funding of Party Competition: Political Finance in 25 Democracies*. Nomos: Baden-Baden.

Panbianco, A. 1988. *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.

Scarrow, S. 1996. *Parties and Their Members: Organizing for Victory in Britain and Germany*. Oxford: Oxford University Press.

van Biezen, I. and P. Kopecký. 2015. Patterns of Party Funding in European Democracies: State Subsidies and the Party Organization, Paper prepared for presentation at the ECPR General Conference, Montreal, 26-29 August.

van Haute, E. and A. Gauja. 2015. *Party Members and Activists*. London: Routledge.

Whiteley, P.F. 2011. Is the Party Over? The Decline of Party Activism and Membership across the Democratic World. *Party Politics*. 17(1): 21-44.